

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Verlagspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbezug monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Straßenschild für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Brief 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Fernsprecher: Amt Norden 2595 und 2596.

Inserate lohnen die achtsame Beachtung. Der Raum einfl. Kursumschlag 1:20 M., das Letztgedruckte Wort 1,15 M., das weitere Wort 85 P., Samstags- und Organisationsinserate die achtsame Beachtung. Das Letztgedruckte Wort 75 P., jedes weitere Wort 45 P. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19, Fernsprecher: Amt Norden 2595-96, 9708

# FREIHEIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Polnisches Schreckensregiment.

## Juden- und Sozialistenhebe.

Die Polen führen in dem von ihnen besetzten Teile Litauens ein Schreckensregiment, das lebhaft an die Tataren der ungarischen Center erinnert. Die Warschauer „Rote Arbeiter-Zeitung“, das Organ der jüdischen Arbeiterpartei „Poale Zion“, veröffentlicht folgenden Brief, der dem Abgeordneten Dr. Schipper von politischen Gefangenen verschiedener sozialistischer Parteien aus dem Warschauer Gefängnis zugegangen ist:

Genossen! Erreicht Euch denn nicht der Verzweiflungsschrei Eurer Genossen, die in den polnischen Gefängnissen in Rußland schmachten? Wagt Ihr nichts von den grausamen Tataren, die gegen Euch verhassten Genossen begangen werden? Oder wagt Ihr vielleicht doch, aber Ihr habt keine Möglichkeit, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen? Allabendlich werden die Räume des Warschauer Gefängnisses in ein Schlachthaus verwandelt. Die politischen Verhafteten werden wie Schafe geschlachtet, Hände und Füße zusammen, und sie werden auf bloßem Leib mit eisernen Nuten mörderisch geschlagen. Damit sie nicht schreien, wird ihnen der Mund mit Tüchern verbunden. Auch Frauen werden nicht besser behandelt. Mit Büten werden sie auf bloßem Leib geschlagen. Kranke und schwache Frauen werden in kalte und finstere Einzelzellen eingesperrt.

Jeden Abend wird eine beratliche Exkursion an anderen politischen Verhafteten vorgenommen. Wenn der Abend bricht, wird die Stimmung unter den Verhafteten aufgeregter, denn niemand weiß, ob nicht heute ihn das Schicksal treffen wird. Das sind bloß wenige von den jüdischen Tataren, die hier vor unseren Augen geschehen.

Genossen! Aus unserem Gefängnis wenden wir uns an Euch und hoffen, daß unser Appell von Wirkung sein wird. Beanstandet Protestversammlungen, wendet Euch nach Warschau, Wilna, kurz organisiert eine Protestaktion, damit die breiten Massen ihren Jorn gegen die an ihren verhassten Genossen begangenen Gewalttaten zum Ausdruck bringen!

Verliert keine Zeit, denn Zeit kostet Opfer!

(Folgt mehrere Unterschriften.)

Aber nicht nur hinter Gefängnismauern vollziehen sich diese grausamen Akte. Wie die jüdische Bevölkerung gepeinigt wird, geht aus einer Interpellation der jüdischen Stadträte der Warschauer Stadterordnetenversammlung vom 13. Dezember 1919 hervor. Darin wird berichtet, daß am Dienstag, den 6. Dezember, am hellen Tage gegen 60 Juden, junge und alte, durchgeprügelt wurden. Es handelte sich um jüdische Träger und Fuhrleute, also einfache Arbeiter. Man umgingelte die Leute an ihrer Arbeitsstätte plötzlich, trieb sie mit Gewalt eine Straße weit fort bis zu den Kasernen. Hier wurden sie einzeln vorgenommen. Jeder mußte sich auf eine Bank legen, einer der Wächter setzte sich auf den Kopf, ein anderer auf die Füße und zwei schlugen mit Peitschen und Stöcken auf die wehrlosen Opfer ein. Auch beim Weggehen wurden die Leute geschlagen.

Diese barbarischen Mordtaten sind in den Gebieten Litauens und Weißrußlands, die von den Polen an sich gerissen sind, an der Tagesordnung. Sie richten sich besonders gegen Juden und Sozialisten. Alles geschieht mit stiller Billigung der Behörden, ganz wie in Ungarn. Was tat z. B. der Stadtrat in Wilna? Er leitete keine Untersuchung ein oder mochte etwa die Schuldigen nachsichtvoll und führt sie ihrer Bestrafung zu. Nein, er entsendet eine Delegation an die höhere Behörde. Was das auf sich hat, geht aus der Behandlung hervor, die diese Delegation erfährt. Als sie sich beim polnischen Hauptkommandierenden der litauisch-weißrussischen Front vorstellte und ihm über die erwähnten Vorgänge sowie über eine die jüdische Bevölkerung im höchsten Maße verletzende Revision in der großen Warschauer Synagoge berichtete, bei der sogar Aufregungen im Innern der Synagoge vorgenommen wurden, fragte der General die Delegation, ob sie sonst was zu berichten habe, und ob er darauf eine vernünftige Antwort erhält, entließ er die Deputation ohne Antwort.

Das ist die Blut- und Gewaltpolitik der polnischen Junker, die von einem maßlosen Machtwahnsinn befallen sind. Eine Willkürherrschaft sondergleichen breitet ihre Schrecken über das Land. Juden und Sozialisten sind freigeblutet. Aber die Reaktionen der roten Gewalt, die Oke gegen Juden und Sozialisten sollen das polnische Proletariat ablenken von seiner traurigen materiellen Lage. Denn in diesem von Ententegadern konstituierten neuen Polen, für dessen Unterregiment, ebenso wie in Ungarn, die Machtüber in Paris und London die volle Verantwortung tragen, mehren sich die politischen und ökonomischen Schwierigkeiten von Tag zu Tag. Die glänzenden Gaukelbilder, die man dem polnischen Volke vorgespannt, schwinden wie Seifenblasen vor der nächsten Wirklichkeit. Und diese harte Wirklichkeit wird dem polnischen Proletariat auch die Augen öffnen über seine

wahren Bedrücker. Dann werden diese Blutmenschen, die Unschuldigen dem Willen verlorener Ruchlinge überlassen, ihren Schicksal finden.

## Die Pariser Verhandlungen.

### Die Uebergabe der Regierungsvollmacht in den Abstimmungsgebieten.

Paris, 7. Januar (Sabas)

Am Dienstag nachmittag wurden die Besprechungen bezüglich der Uebergabe der Regierungsvollmacht in den Abstimmungsgebieten, zwischen der durch General Peron geleiteten Alliiertenkommission und der unter dem Vorsitz von Simson stehenden deutschen Kommission, fortgesetzt. Eine neue Sitzung wird heute, Mittwoch morgen, stattfinden. Man hofft, daß die Arbeit der für die Inkraftsetzung des Friedensvertrages bestimmten Kommission noch vor Sonnabend beendet sein wird, und daß der Austausch der Ratifikationsurkunden noch am Nachmittag des 10. Januar erledigt sein kann. Morgen wird sich auch die mit der Uebergabe der Oberhoheit von Memel und Danzig betraute Kommission versammeln.

## Wiederbeginn der Kopenhagener Verhandlungen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Kopenhagen:

Die Verhandlungen zwischen England und Sowjetrußland in Kopenhagen haben unmittelbar vor ihrem Wiederbeginn. Gestern ist der englische Vertreter O'Grady von England wieder hier eingetroffen. Uebrigens sollen sich an die englisch-sowjetischen Verhandlungen noch dänische Anstehende. Die schwedische Regierung hat zwei Vertreter, den Generalkonsul Eriksen und den Major Wenneström zu ihrer Vertretung bestimmt.

## Friedensmöglichkeiten im Osten.

„Nationaltidende“ zufolge erklärte der estnische Außenminister aus Anlaß des Wasserfall-Bundes mit den Bolschewisten, daß die Verhandlungen Estlands und Sowjetrußlands tatsächlich auf Frieden hingewiesen. Ein wirklicher Friede könne jedoch nur dann zustandekommen, wenn sich auch die übrigen Randstaaten und die Entente ihm anschließen würden.

## Ein verspäteter Protest.

Paris, 8. Januar. (Sabas.)

Auf Ersuchen des Chefs der englischen, französischen und italienischen Militärmissionen in Budapest hat der Oberste Rat beschlossen, die ungarische Regierung aufzufordern, die gegen die ungarischen Kommunisten ausgesprochenen Strafen umzuwandeln. Bevor der englische General, der sich in Budapest befindet, die Intervention des Obersten Rates verlangt hatte, hatte er Schritte bei der ungarischen Regierung unternommen, die aber ohne Erfolg geblieben waren.

Wenn es der Entente im Ernste zu tun war, die Mordtaten der ungarischen Regierung zu verhindern, so standen ihr längst alle Mittel dazu zur Verfügung. Sie hat sich scheinbar nur auf Drängen der Proteste der Arbeiterklasse zu diesem leidendem Protest entschlossen.

## Die englische Presse zu Churchills Rede.

London, 7. Januar.

Die Behauptung von Churchill, daß die Arbeiterklasse nicht imstande wäre, zu regieren, wird in der britischen Presse lebhaft erörtert. Besonders die „Northcliffe-Presse“ und vor allem die „Daily Mail“ widmet der Anwesenheit große Aufmerksamkeit. „Daily News“ veröffentlicht sogar die Liste eines möglichen Arbeiterkabinetts. Man glaubt, daß, wenn es zu einem Neuwahl kommt, die Arbeiterpartei wenigstens 150 Stimmen im Unterhaus erhalten würde. Aber es gibt auch Leute, die sogar mit einer glatten Arbeitermehrheit rechnen. Die „Times“ bemerkt hierzu, daß man sich nicht zu sehr vor einer Arbeitermehrheit zu fürchten braucht, da die Arbeiter, die in diesem neuen Kabinett ihren Sitz haben würden, ganz andere Persönlichkeiten sein würden als die jetzigen Helfer und Organisatoren, die nur als Wortführer der extremen Elemente im Unterhause Genuß haben. Die künftige Arbeiterpartei wird ihre Politik nicht nur den Ueberzeugungen ihrer eigenen Parteimitglieder, sondern auch den Verwaltungsmöglichkeiten anpassen müssen.

## Der Zweck des Betriebsratsgesetzes.

W. K. Für die parlamentarische Behandlung des Betriebsratsgesetzes ist eine gewisse Richtschnur gegeben, durch die die Richtung, die die Arbeiterklasse diesem Gesetz entgegenbringt. Die Unternehmer haben einen wahren Petitionssturm entfesselt, teils aus Furcht vor einer irgendwie möglichen Erweiterung der Rechte und Ansprüche ihrer Ausgebeuteten, und teils, weil sie den politischen Anschein erwecken wollten, als erhalte das Betriebsratsgesetz wirklich Arbeiterrrechte, durch die die Ausbeutungsfreiheit geschmälert werde. Daß ihnen diese Täuschung im rückständigen Angestelltenkreisen gelungen ist, beweist der Petitionssturm einiger nationaler Angestelltenverbände, die noch Hoffnungen auf die Nationalversammlung setzen. Diese Sorte Angestelltenverbände petitioniert immer wieder für allerlei Sonderkonzessionen, besonders für die Angestelltenabsonderung und deren Sondervertretung.

Die viel zahlreichere Arbeiterklasse ist so mit Verachtung gegen die Gesetzesfischer der gegenrevolutionären Nationalversammlung erfüllt, daß von ihr nur eine verhältnismäßig sehr kleine Zahl Petitionen zum Betriebsratsgesetz eingereicht wurde. Die Bedeutung des Gesetzes ist für die Arbeiterklasse noch weiter dadurch gemindert, daß volle sechs Millionen Arbeiter von diesem Gesetz nicht berührt und nicht erfasst werden. Anderen Millionen von Proletariern werden Vertretungen erteilt, indem man den Reichs- und Staats-Untergebenen, den Seeleuten und Binnenschiffern besondere gesetzliche Regelungen andersgearteter Vertretungen verspricht. Den Bergarbeitern will man auch nur durch eine Resolution für später erhöhten Schutz versprechen — zum hundertsten Male!

Das alles wird das Gefühl der Enttäuschung darüber, daß das Betriebsratsgesetz gar nichts neues bringt, noch steigern. Es bringt Reaktion, gemessen an dem, was man erwartete, was man stellenweise schon erreicht hatte und was die regierenden Sozialisten angestollt zugesagt haben. Der vorliegende Gesetzentwurf mit seinen faulen Kompromissen ist der Rückschritt von der Räteidee zum Gedanken der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse des ominösen Ständesystems. Diese Kriegsprodukte will man jetzt im kapitalistischen Sinne ausbauen und in ein System bringen.

Wie einer unserer Redner schon bei dem stümperhaften Gesetz über die angebliche Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft die Streichung des Wortes „Sozialisierung“ aus dem Titel des Gesetzes verlangte, so müßte auch jetzt die Streichung des Wortes „Räte“ gefordert werden. In dem neuen Gesetzentwurf ist oft genug auch von Betriebsvertretungen und Betriebsausschüssen die Rede; mag man ehrlich danach das Gesetz benennen, dann beschämt man wenigstens die Räteidee nicht. Hat man die Grundzüge des Rätegedankens schon preisgegeben, dann darf man von ihm auch nicht das Geringste verlangen, um so die Idee zu kompromittieren.

Könnte man die Lust von dieser politischen Gehelei reinigen, und nimmt man dann sachlich die Verhandlungen über das zu schaffende Gesetz über Betriebsausschüsse auf, so sind zu den 106 Paragraphen des Gesetzes viele Forderungen zu erheben, deren Erfüllung erst die Grundlage zu einer neuen Angestellten- und Arbeitervertretung gegenüber den kapitalistischen Unternehmern schaffen würde. Die Forderung der Unabhängigen Sozialdemokratie wird durch haar-scharfe Formulierung dieser Forderungen in der öffentlichen Verhandlung der Nationalversammlung zu seinen haben, was diesem Gesetz alles fehlt, ehe es auch nur als Neuregelung einer Arbeitervertretung für den Gegenwartskampf des Proletariats gelten kann. Wir sehen jetzt vollständig davon ab, daß dieses Nachwerk überhaupt noch Betriebsratsgesetz heißt oder mit der Räteidee irgendwie in Beziehung gesetzt werden könnte. Auch dann wird es noch als John und Spott empfunden werden, daß man ein Gesetz über eine Vertretung der Interessen der Arbeitenden macht und dabei bereits im ersten Satz roh und nackt die Vertretung der kapitalistischen Interessen von dieser neuen Körperlichkeit fordert.



zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen und zur Unterstützung des Arbeitgebers in der Erfüllung des Betriebszwecke sollen die Betriebsräte geschaffen werden.

Das hat doch selbst das Hilfsdienstgesetz der graufigen Kriegszeit mit seiner Schühengrabendrohung von den Arbeiterratschüssen nicht zu fordern gewagt, daß sie sich zur Unterstützung des Arbeitgebers verpflichtet fühlen sollten. Daß gewählte Arbeitervertreter die Ausbeuter, die Ruinierer ihrer Knochen, Hirne und Muskeln, die Unterdrücker ihrer Kultur und ihrer politischen Freiheit noch unterstützen sollen, das können nur Arbeiterverräter fordern, die selbst schon schädliche Ruinierer der Arbeiterunterdrückung geworden sind.

Und dann Unterstützung in der Erfüllung der „Betriebszwecke“ — welches Maß von Unverschämtheit! Was für Betriebszwecke haben denn die Herren Arbeitgeber? Läßt z. B. der Schuhfabrikant Schuhe anfertigen, damit das arme, bedauernswerte Volk nicht barfuß läuft und damit es keine nassen Füße bekommt? Will der ehrenwerte Fabrikant uns etwa vor Schnupfen und Rheumatismus bewahren? Ist er human und selbstlos und gibt die Schuhe zum Selbstkostenpreis für den Bedürftigen hin? Ach nein, den Teufel über ihn das alles! Im Gegenteil, je mehr wir nasse Füße haben, je bedürftiger wir nach Schuwerk sind, um so ärger springt er mit uns um, indem er die Preise hinaufreibt zu schwindelnder Höhe, um uns dann Schwindelware dafür aufzuhängen. Geschäfte will er machen, Geld verdienen will er! Das sind die „Betriebszwecke“ der Arbeitgeber. Ist in einem Industriezweige kein Geld zu verdienen, verkauft man seine Anteile und legt sie in anderen profitableren Unternehmungen an. Und diese Betriebszwecke der Ausbeutung der Arbeiter als Produzenten und Konsumenten soll die neuartige Arbeitervertretung im Betriebe fernhin unterstützen. Sie soll den Kapitalismus fördern, ihn aufbauen helfen. Denn er bedarf der Hilfe gar sehr, nachdem er im Kriege gegen seine Mitgänger jenseits der Grenze unterlegen und ausgeplündert worden ist. Statt daß jetzt Arbeiterräte ihm die letzten entscheidenden Fußstapfen zum völligen Sturze versehen, sollen sie nunmehr seinen Aufbau nach rechtssozialistischem Muster unterstützen.

Sogar von Rechts wegen sollen die Betriebsräte diese Pflicht erfüllen, sonst werden die bestrast oder abgesetzt, denn nach § 39 kann der kapitalistisch dirigierte Schlichtungsausschuß das Betriebsratsmitglied wegen „groblicher Verletzung seiner gesetzlichen Pflichten“ absetzen. Wer aber gar ostentativ auftritt, indem er schädliche Geschäftsgeheimnisse seines Profitmachers offenbart, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft. Macht ein Betriebsratsmitglied sich dann — echt kapitalistisch — die Geschäftsliste selbst nutzbar, so muß ein solch vermessener Prolet wegen dieses Eingriffs in das heilige Ausbeutertum unbarbarisch ins Gefängnis. Eine solche Todesstrafe gegen den Alleinherrscher Kapitalismus ist mit Geld nicht abzuwaschen.

Dieser Geist durchweht die ganzen hundert Paragraphen des Gesetzesentwurfes. Den Kapitalismus gibt es zu stützen. Immer nur soviel wird zugestanden, als man für nötig hält, um die Arbeiter am Kapitalismus zu interessieren oder, wenn möglich, an ihn zu fesseln. Wo man nicht fesseln kann, da soll durch das Gesetz mit 100 Vorschriften der Kampfeifer der Arbeiterschaft gehemmt werden.

Schon im Aufbau beginnt dieser Kapitalistenschut. Haben die Gesetzesmacher unter Mißachtung der Räteidee die Angestellten und Arbeiter durch besondere Wahlen und besondere Ausschüsse wieder voneinandergerissen, so opfern sie auch noch das andere Postulat des Rätenobdachts, das Recht der jederzeitigen Abberufung bei Nichternennung. Ein Jahr ist die Amtszeit der Betriebsräte, kein Mißtrauensvotum, keine Abberufung und kein Auswechseln ist möglich.

## Der Weg ohne Heimkehr.

Im Einverständnis mit dem Verlag Egon Meißel geben wir nachstehend aus einem demnächst erscheinenden Buche Armin A. Wegners „Der Weg ohne Heimkehr“ einen der darin enthaltenen Briefe des Vorlesers wieder. Es sind unmittelbare menschliche Dokumente aus dem deutschen Feldzug im Orient. Die nachstehende Schilderung des Glanzes der Militärgenur in die Hände und veranlaßt die Rückberufung des Vorgesetzten, denn Wahrheit und Menschlichkeit sind im Kriege besonders streng verboten.

Gestern kamen die gefangenen Engländer aus Kut-el-Amara an. In langen, staubigen Jügen trieb man sie durch die Gänge des Bazars, durch die gaffende Menge der Händler und Straßenverkäufer, daß sie unter dem Hohn der Handwerker, unter dem Pöbel der Wechler doppelt empfanden, wie tief sie gedemütigt sind. An ihrem Ende erhob sich eine unübersichtliche Reihe grauer Kameele, nur mit den Striden ihrer Halsfedern aneinandergelehrt, auf ihrem Rücken die traurige Last jener Gefallenen schleppend, die, von Hunger und Krankheit geschwächt, ihre Füße nicht mehr tragen konnten, die fast aufgeböhrt hatten, zu ahnen und in leblosen Wänden an den hölzernen Lohsfattel der Kamelle gefesselt hingen. Aus ihren schmerzhaften Hosen sagten die von der Sonne geblähten und geschwollenen Arme, deren Haut sich in Fäden zu schälen begann, und mit langen, dünnen Fingern griffen sie nach den Gurten, die mittellose Hände ihnen reichten, und bissen gierig in das grüne Fleisch. Hier wankten Gestalten, die, barfuß und halb entkleidet, den letzten Rest, ihre Stiefel für ein Stück Brot, für eine Handvoll Datteln gegeben hatten. Auf ihren spitzen Schultern hing, wie über einen Stok gezogen, das am Rande ausgerissene Domb, bei jedem Schritt ihre Scham entblößend, und zitternd erhob sich aus der Menge ihr grauwoll ausgehungertes, noch immer mit dem Tropenhut bedecktes Haupt, das auf dem langen Hals wie der Kappende Kopf einer Wollkande schwankte. Arbeiter hatten mit Wasser gefüllte Tonkrüge vor die Haustüren gestellt, aber die türkischen Soldaten drängten die schmachvollen Jünger beiseite. Ab und zu blies eines der Kamelle neben, um beim Weiterreiten das nachfolgende an seiner Seite mit einem jähen Aus aus der Ruhe zu reizen, daß die schlaffen Glieder ihrer traurigen, immer noch atmenden Last schmerzhaft zusammenschlugen. Zuweilen sah ich es, als mühten, durcheinandergeschüttelt, diese Frauen aus ihren verbrochenen Höfen sollen, um im Staub unter den Füßen der Tiere zu sterben, die wiederkehrend mit schaumtöpfender Lippe, bald vor, bald rückwärts gerissen, eine jammervolle Kette des Glanzes aus dem Dunkel des Bazars von neuem in die glühende Sonne der Wüste tauchten.

Ungebändigte Jugend und neuauftauchende Kampfnaturen könnten der angeführten kapitalistischen Profitmachelei schaden. Also bekommen die jugendlichen Arbeiter kein Wahlrecht, und wählbar ist erst, wer 24 Jahre alt, reichdemisch, drei Jahre im Beruf oder Gewerbe und 6 Monate im Betriebe ist. In diese Fingerringe der kapitalistischen Sicherung wird sich manches der künftigen künftigen Elemente verschanzen; sie werden rechtlos.

Um so größere Rechte hat in der neuen Arbeitervertretung — der Herr Arbeitgeber. Er kann notfalls den Wahlvorstand bestellen. Er beruft die erste Betriebsratsversammlung ein, in der unter seinem Einfluß die Wahl der Obmänner erfolgt. Er kann spätere Sitzungen verlangen, kann daran teilnehmen, sogar den — Vorsitz führen. Er kann sich als Verstärkung Vertreter der Unternehmerverbände mitbringen, kann Protokolle von all diesen Sitzungen verlangen, und wenn ihm der Betriebsrat nicht reicht, kann er dessen Absetzung bei dem bürgerlich präsidierten Schlichtungsausschuß beantragen.

Das genügt! sagt der Berliner. Die Rechtssozialisten aber nennen das eine „neue revolutionär erstrittene Arbeitervertretung“ und nennen frech den Rätenamen dafür als Stille.

Um den Herrn Kapitalisten in seinem Betriebszwecke der Profitmachelei nur ja nicht zu schädigen, denn das zu verhindern ist der Zweck des Betriebsratsgesetzes, sollen auch die Betriebsratsitzungen und Beschlüsse der Versammlungen in der Regel außerhalb der Arbeitszeit stattfinden. Aber dafür ist dann die Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder ehrenamtlich Bezalung braucht für diese Sitzungen nach der Arbeitszeit nicht gewährt zu werden. Zur Unterstützung der kapitalistischen Betriebszwecke erlaubt also das Gesetz den Betriebsräten gnädigst, sich nach Feierabend pflichtgemäß und kostenlos abzumühen.

Noch grotesker aber, wie diese Formbestimmungen erscheint das gegenrevolutionäre Nachwerk, wenn wir zu einer Einzelprüfung der sogenannten Rechte und Pflichten der echt kapitalistischen Betriebsräte übergehen.

## Kessel erneut verhaftet.

Hauptmann v. Kessel, gegen den bei dem Gericht des Garde-Auflosungsstabes I ein Verfahren wegen Meineids, Verhütung zur unerlaubten Entfernung und Herausforderung zum Zweikampf schwebt, wurde gestern erneut in Untersuchungshaft genommen.

Nachdem man Kessel abwechselnd verhaftet und entlassen hat, indem man erst das eine, dann das andere Gericht für unzuständig erklärt oder „Entlassungszeugen“ aufgetrieben hat, deren Aussagen das Verfahren angeblich gegenstandslos erscheinen ließen, scheint man nun eine Stelle, ein Kameradergericht, gefunden zu haben, von dem der Edle nicht zu viel zu fürchten hat. Und so glaubt man, eine neue Justizkomodie wagen zu können. Solange die Offiziersbeliquie auch vor Gericht unter sich bleibt und in eigener Sache Recht spricht, ist mit einer Aufklärung all der dunklen Kesse, die von dem Marock-Brosch nachgelassen sind, durch dieses neue Verfahren im gleichen Eile nicht zu rechnen.

## Terrorismus.

In seiner gestrigen Abendausgabe kommt der „Vorwärts“ über einen Akt von „schamlosem Terrorismus“. Ein Mitglied seiner Partei, im Verkehr mit Neufällen beschäftigt, war Mitglied der Einwohnerwehr geworden. Darauf weigerten sich seine Kollegen, mit ihm zusammenzuarbeiten und drohten in den Streit zu treten, wenn er weiter im Dienst blieb. Er nahm darauf seine Entlassung.

Der „Vorwärts“ schämt vor stillosen Entrüstung und ist gespannt, was die Unabgänger dazu zu sagen haben. Wir beurteilen solche terroristischen Akte, das brauchen wir dem

Am Abend ging ich durch das Lager der Gefangenen. In der grauen Weite des Staubes lagen ihre Leiber gleich verfohlenen Knochen umher. Kleine schließliche Gurthas und die garten Glieder der Stöße, deren fremdartige Augen leidend zu mir aufblickten, aus deren Tiefe die Flamme uralter Gottesverehrung brach. Dazwischen blinde Gestalten, noch knabenhaft und laum der Mutter entwachsen, mit einem ansagbaren Ausdruck des Nicht-darfür-Kennens, armselige Gestalten von Lumpen. Und wie ich sie so liegen sah, halbnaht, fassungslos aufgelöst, ganz der liegenden Nähe des Nachwindes hingegen, da mühte ich mir unwillkürlich sagen: wie merkwürdig, daß es noch eine Erde unter den Füßen dieser Verdammten gibt, um darauf zu schlafen, daß nicht unter ihnen eine Sonne glüht, daß ihre Füße nicht auf zwei spitzen Kläben stehen oder auf einem brennenden Klotz, statt auf sonnendurchglüheter Erde. . . . Jo, die Erde ist barmherziger als wir.

Und doch ist dieses nur der Ausschnitt einer Stunde, der millionste Teil des Glanzes, das von allen Seiten der Erde aufbrüllt und um Erlebung schreit. Ich brauche nur die Zeitung aufzuschlagen, so finde ich eine endlose Reihe verurteilter Schiffe, die die Ernte dieses einen Monats bedeuten. „Den ersten Mai ein bewaffneter englischer Beobachtungsdampfer, zwei französische Hilfskreuzer von Le Havre, ein französischer Kreuzer La Provence mit 4000 Mann, wovon 3300 ertranken. . . .“ Das sind die bluttriefenden Tropfen, die ein über alles geliebtes Deutschland gleich den schloßen Kopfhäuten eines kaltpierenden Indianers triumphiert an die Schnalle seines Gürtels hängt! Hat je ein Mensch so viel Kraft der Fortsetzung befehlen, daß er sich ausmalte, wie Tausende von Männern in wahnsinniger Todesangst auf dem Tod eines sinkenden Schiffes durcheinanderrennen in einem einzigen tierhaften Schrei der Empörung, hat je eine Mutter es vor sich gesehen, wie die Not menschlicher Arme durch einen Veil von Blut und zerstückelten Leibern zu schwimmen begann — und ging nicht hin und rief sich das Haupt von den Schultern, dies nicht zu Ende zu denken?

O meine Mutter, wie arm und kühn sind wir geworden. Wie sterben vor Scham, in einer Welt leben zu müssen, die so wenig dem Abbild unseres Herzens gleicht. Auch Du mühtest einem Gotte opfern, den Du nicht verehrst. Auch Deine Schreie hängen in den Speichen eines Rades, das sie zu zerreißen droht. Glaubten wir nicht unverwundbar zu sein? Dachten unsere Seelen nicht in dem Drahtblut dieser furchtbaren Zeit gebadet? Aber Mitleid und Liebe angibt und soltert uns. Auch uns blies wie Siegesried eine verwundbare Stelle in der Hornhaut der Seelen, und durch die schmale Öffnung gittet der grausame Speer, und bis in die letzten Tiefen gerissend.

Dein gekränkter Sohn.

„Vorwärts“ nicht erst zu erzählen. Aber die Entschuldig der mitarbeitenden Kollegen ist durchaus verständlich. Wer mit und der Meinung ist, daß die Einwohnerwehren das Bollwerk der Reaktion und Gegenrevolution darstellen, wird bezweifeln, daß die Arbeiter von einem Kollegen, der sich essen für diese Gesellschaft erklärt, weit abfallen.

Trotzdem billigen wir das Verhalten der Mitarbeiter des Vorwärts nicht. Schwelgende Verachtung, nicht wirtschaftliche Schädigung, ist das geeignete Mittel für solche „Arbeitgeber“. Schließlich sind die Arbeiter, die sich heute noch für reaktionäre Zwecke mißbrauchen lassen, weit mehr zu bedauern, als zu bekämpfen.

## Die Eisenbahnerbewegung.

Es hat den Anschein, als habe die Eisenbahnerbewegung aus den früheren Bewegungen der Eisenbahner doch ein wenig gelernt. Im Gegensatz zum Reichsarbeitsminister, der zu der Bewegung in Frankfurt a. M. nicht anderes zu sagen wußte als eine Drohung mit der Betriebschließung, lehnt die Frankfurter Eisenbahnbehörde die Schließung des Betriebes ab und versucht auf gütliche Weise mit den Eisenbahnern auszukommen. So hat der Eisenbahnpräsident Staßfurt einem in Frankfurt a. M. zur Verhandlung anwesenden Unterstaatssekretär zu verstehen gegeben, daß die gegenwärtige Lage ohne Teuerungszulagen für Beamte und Arbeiter als unzureichend anzusehen sei. Und er erwiderte den Unterstaatssekretär, in Berlin frohlockt für eine Verringerung der Löhne einzutreten. Man erkennt daraus, daß die Beamten, die an Ort und Stelle den Arbeitern gegenüberstehen und täglich mit ihnen zu arbeiten haben, doch eine andere Haltung zeigen, als die Zentralbureaukraten, die weit vom Schuß sind.

Bemerkenswert ist auch, daß nunmehr von allen Seiten beteuert wird, daß die Tarifverhandlungen mit höchster Beschleunigung betrieben werden sollen. Mit einem Male war es möglich, der Öffentlichkeit Mitteilungen über den Stand der Verhandlungen und die Höhe der beabsichtigten Lohnsätze zu machen, während noch vor einer Woche behauptet wurde, die Verhandlungen würden gesiegt werden, wenn nicht einigens Schwelgen bewahrt werde.

So ist die energische Bewegung der Eisenbahner doch nicht ohne Erfolg gewesen. Und die Arbeiter haben vollkommen recht, wenn sie einstweilen noch nicht locker lassen. So wird aus Frankfurt a. M. berichtet, daß von einer Wiederaufnahme der Arbeit in den Frankfurter Werkstätten noch keine Rede sein könne. Auch die übrigen Teilstreiks dauern fort, und weitere lokale Streiks kommen hinzu.

Bodum, 6. Januar.

Nachdem ein Teil der Eisenbahner auf dem Rangierbahnhof in Dortmund in den Streik getreten ist, beschloßen die Arbeiter des Bahnhofs Langendreer, heute Abend auch in den Streik zu treten.

## Schwere Anklagen.

Die „Neue Berliner Zeitung“ berichtet über eine Konferenz im Reichswirtschaftsministerium, die sich mit der gegenwärtigen Lage am Kohlenmarkt und im Zusammenhang damit im Verlebenswesen beschäftigte hatte. Als Vertreter des Kohlenhandels war Hugo Stinnes anwesend. Nach dem Bericht des Blattes erklärte Herr Stinnes, daß sehr schnell eine Katastrophe hereinbrechen werde, wenn die Landwirtschaft und Industrie nicht sofort mit den nötigen Kohlenmengen versorgt werden würde. Besonders habe die Eisenindustrie einen solchen Mangel an Kohle, daß sie schon zusammengebrochen wäre, wenn sie sich nicht entgegen dem gesetzlichen Vorschriften auf eigene Faust Kohle verschafft hätte. Wenn es wegen Kohlenmangels zu großen Betriebsstörungen kommen sollte, wäre ein Aufbruch gar nicht zu vermeiden. Stinnes forderte von der Eisenbahnerverwaltung, daß sie das Neuherrn zu leisten habe. Herr Dezer, dem preussischen Eisenbahnminister, nannte Herr Stinnes einen „Minister gegen den Verkehr“.

## Ausprechen was ist.

Die Post bringt mir zu gleicher Zeit zwei Briefchen. Eine Schneiderinnenrechnung und ein Autorenhonorat. Auf der Rechnung ist ein Posten: Pufferlohn für eine einfache Bluse 42 M. Das Honorar beträgt 30 M. Es war kein schnell gekehrter Zeitungsartikel. Es war ein sorgfältig gearbeitetes, kongeniales Essay, vom Herausgeber der Zeitschrift gewünscht, vor etwa 4 Jahren abgeliefert. Es handelt vom Adel und von der Entwürdigung der Arbeit und sagt sich in den Rahmen der Zeitschrift, die für eine geistige Reform, gegen kapitalistische Entartung eine Gemeinde freier Menschen zu sammeln verspricht. Ich hatte gegen die Sklaverei der Literaten geschrieben, der für 15 Pfennige die Feile seine Gedanken zerren und dehnen muß. Mein Herausgeber wurde von diesem Vorwurf nicht betroffen. Er zahlte nur 12 Pfennig die Feile. Und da er sich auf sein ideales Wirken, auf die über aller brutalen Verdienstgier schwebende Gewinnung seiner Mitarbeiter berufen konnte, wurde ihm das von seiner Seite übel genommen.

Ich aber rechnete: eine einfache Bluse, das war etwa bei sehr langamer Arbeit ein 8-stündiger Arbeitstag, also ein Stundenlohn von 5 Mark. Ein Eschen, das waren erst die 5 Erfahrungen und Erlebnisse, viel Ordnen sich kreuzender Gedanken und dennoch 2 Tage gewissenhaftes Suchen nach dem rechten Wort, gesparte Arbeit, 16 Stunden? Also sagen wir 2,25 Mark Stundenlohn, aber ohne Vergütung aller Unkosten, die meine Schneiderin gewissenhaft ausführte, und nach dreivierteljährigem Warten. Bei täglich 8-stündigem angespanntem Schreiben — Schreiben, nicht Arbeiten — und wenn mir gute Menschen Kredit gemähten, konnte ich freilich so mein Leben fristen, wenn Erlebea und Gedanken sich zu einem solchen Tuch 8x300 Stunden das Jahr ausdehnen ließen. Freilich Frauenarbeit wäre das nicht mehr. Denn so etwas ist nie von Sklaven verlangt.

Ich klage nicht den Herausgeber dieser Zeitschrift an. Ich klage nicht Herrn Eugen Diederich in Jena an, der mit seinem blühenden Verlag dem deutschen Volke Weltanschauung und sich ein Kapital erwirbt und in der „Zat“ den Weltverbesserer auf eine möglichst billige Weise spielt. Ich halte ihn sogar für durchaus ehrlich in seiner Art. Ich greife die abhäniglichen Verlogenheit unserer Zustände an, die es einem sympathischen Durchschnittsdeutschen und egoisten gestatten, Erlebensräume zu träumen und daß die Verbeeren und Renten zu ernden und die allerersten Gelebe der Wohlstandigkeit einem „Arbeiter“ gegenüber mit Füßen zu treten. Die Not der freien geistigen Arbeiters schreit zum Himmel. Seine Entwürdigung vergiftet und giftet unser ganzes öffentliches Leben. Diejenigen aber,



Die Lichtenberger Volkshochschule.

Das Vorlesungsverzeichnis der Lichtenberger Volkshochschule für das Quartal Januar-März 1920 liegt aus, in denen eine Reihe neuer Kurse aufgenommen wurden und für die arbeitende Bevölkerung von großer Wichtigkeit sind.

Die Hörsäle betragen im Durchschnitt pro Abend 0,60 M. Einzelferten sowie Vorlesungen am 22. Januar.

Die Vorstände der Berliner Gewerkschaftskommission sind zu heute abend 8 Uhr zu einer Versammlung in den Prachtgassen 10.

Der Hausmord in der Gipsstraße. Der Hausmörder Bobritz, dessen Verhaftung wir schon hier meldeten, befindet sich bereits in Berlin im Gewahrsam der Kriminalpolizei.

Der erste Güterzug mit Koffeln. Dem Lokal-Anzeiger wird geschrieben: „Auf dem Güterbahnhof der Militär-Eisenbahn in Schöneberg trat am 22. Dezember eine Lore erlöschende Koffel ein.“

Die Prüder Strauch verhaftet. Die lange gesuchten Ein- und Ausbrecher Emil und Erich Strauch, die vor einigen Wochen in der Gipsstraße, wo sie unter dem Namen Vogel wohnten, von Kriminalbeamten überfallen wurden, den Oberwachmeister Erdmann niederschossen und so schwer verwundeten, sind nun in der Gipsstraße verhaftet.

Ein Knappe Weihnachtsbücher, die in den Bücherausstellungen besetzt wurden, liegen noch in der Expedition Grosse, Bankstraße 80.

Lebensmittellieferanten.

Flecken. Am Donnerstag, den 8. d. M., werden in der Zunkshafen Fabrik, vormittags von 8 bis 11 1/2 Uhr, Kackstein verkauft.

Aus den Organisationen.

Charitasabend. Donnerstag abend 7 Uhr gemeinschaftliche Sitzung der Kommission, Bildungs- und Finanzkommission im Ratskammeraal.

Bereinstellender.

Internationaler Bund der Kriegswitwen, Teilnehmer und Hinterbliebenen, Post- & Güter. Best.-Anmeldung am 7. Januar um 7 1/2 Uhr, Dorotheenstraße 43, Treppenst. Garten.

Beimontlich für die Redaktion: Fritz Ball, Wilmersdorf, Wilmersdorferstraße 10, Berlin. — Druck des Lichtenberger Volksvereins, Lichtenberger Straße 10.

Insuffizienz zu kosten Bekommen und daraus die einzige richtige Diktatur gezogen, daß ohne Diktatur des Proletariats die Durchführung der sozialistischen Staats- und Wirtschaftsorganisation nicht möglich ist.

Der Reichsland-Prozess in Halle.

1. Verhandlungstag.

Am Montag vormittag begann vor dem Kriegsgericht der 18. Reichswehrbrigade der Prozess gegen unteren Offizieren des Reichslands, dem früheren Militärbesoldungsbekanntem des Reichslands, dem früheren Militärbesoldungsbekanntem des Reichslands, dem früheren Militärbesoldungsbekanntem des Reichslands.

Die Verhandlung leitet Kriegsgerichtsrat Thilo, die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Wolff. Die Anklage lautet auf mangelhafte Aufsicht, Unterlassung der Weidung streifer Handlungen, Aufzweigung, schwerstem Ungehorsam, Freiheitsberaubung in seiner Eigenschaft als Beamter und Mißbrauch der Dienstgewalt.

Zu den einzelnen Punkten der Anklage äußerte sich Reichsland zusammenhängend: Im Einvernehmen mit dem Vorstand des Reichslands habe er Sicherheitskommissionen und auch die Patrouillenkommissionen aufgestellt.

Die Entlassung der Gemeinden und Einzelstaaten. Die verhängte Verhaftung des Reichslandkommunikationsregiments ist davon geführt, daß die Einzelstaaten und Gemeinden noch nicht wissen, welchen Betrag sie aus der Einkommenssteuer zu entrichten haben.

Die Veröffentlichung der deutschen Steuererlässe im Reichsgebiet wurde von der französischen Besatzungsbehörde verboten.

Keine Verlingerung der Besatzungstruppen. Der Oberste Rat hat von der deutschen Seite Kenntnis genommen, in der es sich um die Entlassung der Besatzungstruppen handelt.

Die Untersuchungskommission zur Aufklärung des deutschen Ost- und Nordostens hat nach Abschluß ihrer Arbeit berichtet.

Die Interkommunale Arbeitskonferenz wird nach einer Weile aus dem Reichsland herausgelöst.

Der Reichsland-Telegraphenbetrieb hat sich in Verhandlungen mit dem Reichsland-Telegraphenbetrieb in Schweden und Norwegen haben beschlossen, die freiliegenden Norddeutschen Kollegen wirtschaftlich zu unterstützen.

Die französische Präsidentschaftswahl wurde auf den 17. Januar festgesetzt.

Die französische Regierung beschlagnahmte die fremden Wertpapiere. Sie müssen dem französischen Staat zu einem festgesetzten Kurse abgetreten werden.

Die bulgarische Regierung ist zurückgetreten. Die Sozialisten sind bereit, mit Danow ein Bündnis zu bilden.

Ein Rumyl um das albanische Hinterland wird gegenwärtig in Japan geführt. Im Parlament ist keine Mehrheit dafür vorhanden.

Für Haus und Familie ist die „freie Welt“ die beste illustrierte Wochenschrift. Jede Woche ein Heft 30 Pfennig. Frei ins Haus durch jeden Spediteur. Bestellzettel im Inseratenteil.

Diese Forderung des gut unterrichteten Großindustriellen, der von anderer Seite, wenn auch nicht in der gleichen scharfen Form, so doch mit ähnlichen Argumenten unterstützt wurde, zeigen die bedrohliche Lage des ganzen Wirtschaftlebens.

Sozialismus und Diktatur.

Die Unabhängige Arbeiterpartei in England hat ein sehr interessantes Memorandum über „Sozialismus und Regierung“ herausgegeben. Das Memorandum, das vom „Labour Leader“ verfaßt ist, sollte der Internationalen Konferenz zu Bern vorgelegt werden.

„Ist eine revolutionäre Diktatur des Proletariats nötig als Hebel zum Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus?“

„Ist die Sowjetregierungsform die einzige Form, die es dem Proletariat ermöglicht, politische Macht auszuüben?“

Beide Fragen werden mit ausführlicher Begründung beantwortet. Die Unabhängige Arbeiterpartei geht bei ihrer Betrachtung von dem politischen und wirtschaftlichen Leben Englands aus und sie legt dar:

„Eine revolutionäre Diktatur des Proletariats braucht nicht nötig zu sein für die Umwandlung vom Kapitalismus zum Sozialismus. Aber ob sie übergegangen werden muß oder nicht, hängt einzig und allein von der Politik der Kapitalisten selbst und nicht von den politischen Konventionen des Sozialismus ab.“

Das Memorandum behandelt noch die Frage der direkten Aktion. Die Partei vertritt die direkte Aktion als einen Erfolg für parlamentarische Aktion, aber sie sieht sie als eine Waffe unter anderen an, die zu benutzen die Reaktion möglich wäre.

Ob zur Diktatur des Proletariats übergegangen werden muß oder nicht, hängt einzig und allein von der Politik der Kapitalisten selbst ab, erklärt die I. A. P. Die I. A. P. in Deutschland hat die Politik der Kapitalisten während der Revolution die die Vergrößerung unseres Volkes auf ihre Fahnen schreiben, können ihre eigenen Vorläufer sein: 12 Wennig die Zeile.

Wäre es nicht anständiger, wenn diese Leute offen erklärten: „Wir sind nicht in der Lage, Honorar zu zahlen. Wer für uns arbeitet, muß es der Sache willen tun?“

Zum Tode Perez Galdos. Der im 74. Lebensjahre lebende in Madrid verlebende Romanist Perez Galdos hat als Eitenschriftsteller des modernen Gesellschaftslebens für das neuzeitliche spanische Schrifttum abgesehen.

Alter Spruch.

Arger Tadel: gib! Deine Karten miß! Wir sind reich und reich, Trost der Leiden reich, Jedem Fleisch und Fisch! Jede Sägung: Wisch! Eifer, nie erlich, Was einst keiner Tisch!



